

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatl. M. 650, vierteljährl. M. 1950.—  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr 1950.— einschl. Poststeuergeld.  
Einzelnummern 25 M. u. Girokonto Nr. 50 bei der  
Oberamtsparafasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.  
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.  
Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren  
Raum M. 35.—, auswärts M. 40.—, u. Reklame-  
zeile 100 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach  
Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden  
jeweils 10 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-  
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konturs-  
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig  
wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gack in Wildbad.

Nummer 15

Februar 179

Wildbad, Freitag, den 19. Januar 1923

Februar 179

58. Jahrgang

## Verfehlungen in Holz, Kohlen und Vieh.

### Die Beschlagnahme der Ruhrkohlen

Ein bolschewistisches Experiment

Ein in Berlin weilender Staatsmann eines während des Krieges neutral gebliebenen Landes überläßt mir folgende Betrachtung: Die Panzerwagen der französischen Armee haben nun „Siegreich“ fast das ganze Ruhrgebiet durchgemessen. Das traurige Wert der neuen Sanktionen ist so gut wie vollendet. Hat Poincaré seinen Zweck erreicht oder besteht noch Aussicht, daß der Zweck erreicht wird? In der französisch-belgischen Antändigungsnote wurde als Zweck der Ruhraktion, die nur ein Ingenieurbesuch unter militärischem Schutz sei, angegeben: Überwachung des deutschen Kohlenhandels, genaue Durchführung des Programms der Entschädigungskommission, Eintassierung der Beträge. Die Überwachungskommission von Ingenieuren und Beamten sollte mit diktorischen Befugnissen ausgestattet werden. Sie sollte volle Befehls- und Strafgewalt über das Personal der deutschen Verwaltung und über die Vertretung von Industrie und Handel in den besetzten Gebieten haben. Auch sollte sie befugt sein, von den Verwaltungsstellen, den Handelskammern, den Arbeitgebern und Arbeitnehmerverbänden sowie von den Kaufleuten jede Auskunft zu verlangen und die Büros, Bergwerke, Fabriken, Bahnhöfe und andere Anlagen zu durchsuchen.

Die Herren Diktatoren kamen, hinter jedem Ingenieur ein General. Aber das Rest in Essen war leer. Das Kohlenyndikat war nach Hamburg ausgezogen und die Zechenbesitzer erklärten dem verdugten Eindringling, daß nicht sie, sondern das Kohlenyndikat über die Verteilung der Kohlen zu verfügen habe. Dieses war der erste deutsche Gegenschlag. Die Ingenieurkommission verlangte Lieferung der Kohle ohne Syndikat. Prompt traf das Telegramm des Kohlenkommissars aus Berlin ein. Ich verbiete die Kohlenlieferung, auch gegen vorstufweise Bezahlung. (Zweiter Gegenschlag.) Nun erhielten die Zechenbesitzer den militärischen Befehl der Generale, die Lieferung der Reparationskohle an Frankreich und Belgien sofort wieder aufzunehmen. Im Namen aller Zechen erklärte aber Fritz Thyssen: Wir sind Deutsche und stehen auf dem Standpunkt, daß wir nur deutschen Befehlen unterworfen sind. Wie einst Hugo Stinnes in Spaa, so hat jetzt in Essen ein deutscher Wirtschaftsführer den fordernden Gegnern die Stirne geboten. Es war der dritte Gegenschlag. Und wie antwortet darauf wieder Poincaré? Er droht mit der Requisition d. h. mit der kriegsmäßigen Beschlagnahme und Wegschleppung der Kohlen. Er will dabei, so erklärt er den zusammengetrommelten Pressevertretern in Paris, so verfahren, wie die deutsche Heeresleitung während des Krieges in Belgien und Nordfrankreich vorgegangen sei, also nach dem Prinzip eines Friedensvertrags! Die Requisitionsscheine müsse die deutsche Regierung bezahlen. Die Bergleute erhalten Papiermark. Demnächst werde ein besonderes Zahlungsmittel — also eine neue Währung? — geschaffen. Die Gemeinden und Handelskammern würden gezwungen werden, für eine Art von Rotgeld Bürgschaft zu leisten.

Wie dieser Angriff verlaufen wird, ob Poincaré, wie er glaubt, die Reichsregierung durch Folterung der Zechen auf die Knie zwingt, muß abgewartet werden. Rein volkswirtschaftlich betrachtet ist der französische Plan nichts anderes mehr als ein bolschewistisches Experiment: Poincaré schwingt sich zum Herrn über die Kohlenproduktion im Ruhrgebiet auf. Er beschlagnahmt den Privatbesitz und versucht die bisherigen Besitzer zur Weiterarbeit zu zwingen, ohne daß sie jedoch das Recht besitzen, den Produktionsprozess zu regeln. Die Früchte werden weggenommen. Die Kosten und das Risiko trägt nicht der neue Besitzer. Das geht eine kurze Zeit lang, dann muß der Betrieb zusammenbrechen. Der Bankrott dieses Systems erfolgt schon deshalb unweigerlich, weil Frankreich die Rechnung mit einem ungeheuren Passivposten belastet: mit den Unkosten seiner großen militärischen Unternehmung. Diese Unkosten vernichten jede Rentabilität, und so wird die Ruhrbesetzung für Frankreich, worauf die deutsche Presse bereits mit Recht hinweist, ein großes Defizitgeschäft, ein umso größeres, je mehr Truppen zur Ausdehnung und Verstärkung der Sanktionen herbeigezogen werden. Der atemlose Lauf der Franzosen nach immer neuen, immer weiter liegenden Pfändern muß schließlich den Fehlschlag der Politik Poincarés beschleunigen. Sieht man in England, in Italien und in den Vereinigten Staaten dieses Ende immer noch nicht voraus? Der Londoner „Times“ scheint ja bereits ein Licht aufzugehen. Sie sieht das ganze Wirtschaftssystem Deutschlands durch die Loslösung des Ruhrgebiets stark „erschüttert“. Die

### Tagesspiegel

Der Reichswirtschaftsrat ist in die Beratung des Arbeitszeitgesetzes eingetreten, das eine Verlängerung der Arbeitszeit bringen soll.

Nachrichten aus dem fernen Ausland zufolge sind die Auslandsdeutschen über die feste Haltung der Reichsregierung gegen die französische Anmohung sehr erfreut. In Mexiko fand eine große Kundgebung der Deutschen statt, die ein Glückwunschtelegramm an den Reichskanzler absandte.

Der französische Botschafter in London hatte eine längere Unterredung mit Bonar Law, wobei er über die Pläne der französischen Regierung Mitteilung machte.

Bei Taza (Marokko) wurden 2 französische Offiziere und 9 Ketter von den Eingeborenen erschossen.

Die mohammedanische Bevölkerung Cyperns verlangt die Rückgabe der Insel an die Türkei.

Ergebnisse der Ruhrbesetzung würden einander mit trauriger Folgerichtigkeit folgen. Aber die Times ist noch nicht die Regierung. Europa und die Welt erwarten endlich ein Wort der Einsicht an amtlicher Stelle, sei es in London, sei es in Washington. —er.

### Vom Kriegschauplatz

Einzug ins Lippegebiet

Köln, 18. Jan. Französische Reiterei ist über Dortmund hinaus in der Richtung auf Lünen—Kamen—Hamm an der Lippe vorgestoßen. Damit hat sie die von Reichswehr freizulassende 50-Kilometerzone vor dem seit Kriegsende besetzten Gebiet, die bei Dortmund endet, überschritten und ist in das Reichswehrgebiet eingedrungen. Die nächste Reichswehrgarnison steht in Münster. Die Reichsregierung hat nach der „Köln. Zig.“ die Mächte auf diese Tatsache aufmerksam gemacht und für alle noch nicht übersehbaren Folgen die französische und belgische Regierung verantwortlich gemacht. Die Reichsregierung behält sich weitere Schritte vor.

In Berlin wurde die Polizeizeitunde von 1 auf 11 Uhr vorverlegt, alle Tanzlustbarkeiten sind verboten. Die Verfügung soll auf ganz Preußen ausgedehnt werden.

Havos berichtet: Die französische, italienische und belgische Regierung haben als Sanktion die sofortige Ausbeutung der Staatswälderungen im linksrheinischen Rheinland befohlen.

In Warmen ist eine französische Vorhut eingetroffen.

Bei der gestrigen Besprechung mit den deutschen Grubenbesitzern verlangte der Vorsitzende der französischen Überwachungskommission, Baron de Vorlesung der Betriebsakten. Fritz Thyssen erwiderte, sie seien bereit, die allgemeinen statistischen Belege beizubringen; soweit sie aber Geschäftsgeheimnisse berühren, müsse die Auslieferung verweigert werden. — Auf diese kommt es den Überwachungsstellen aber ja gerade an.

### Die Zechenvertreter bleiben fest

Karlsruhe, 18. Jan. Staatspräsident Kemmler teilte mit, daß die Franzosen auf dem Rhein Kohlenlähne anhalten und die Schiffer mit vorgehaltenem Revolver zwingen, auf dem linken Rheinufer anzulegen.

Essen, 18. Jan. Der Vertreter Krupps, Direktor Thomas, erklärte gestern namens der Zechenvertreter in Gegenwart des Generals Simon und Demigne: „Wir sind bereit, uns vor das Kriegsgericht stellen zu lassen, wir werden auch unsere Urteilsstrafe hinnehmen, wir werden auch Gefängnisstrafen erleiden, aber wir werden keine Kohlen liefern.“

Die Franzosen haben gestern 3000 Tonnen Kohle, die für Bayern bestimmt waren, mit Beschlag belegt. Sie beabsichtigen, täglich 15 000 Tonnen Kohle und 15 000 Tonnen Koks aufzutreiben. Da die Tonne Koks doppelt angerechnet wird, so würde die Requisition monatlich insgesamt 1 350 000 Tonnen ergeben. Selbst für den unwahrscheinlichen Fall, daß diese Absicht zu verwirklichen wäre, würden die Franzosen damit kaum die bisherigen Entschädigungslieferungen erreichen. Damit ist der ganze Einfall im Ruhrgebiet gerichtet, denn sie wollten nicht nur ihre Entschädigungsforderungen in vollem Umfang herauspressen, sondern auch das linksrheinische Rheinland, das Ruhrgebiet selbst, das übrige Deutschland und andere Länder besetzen, um auf diese Weise die Kohlensteuer herauszubekommen, mit der die Bergarbeiterlöhne und die sonstigen Be-

triebskosten gedeckt werden sollten. Von diesem Plan ist es allmählich still geworden. Das Pariser „Journal“ meldet, daß die französische Regierung 15 Milliarden Papiermark, die in Frankreich gesammelt wurden, auf den 25. Januar zur Ablösung der Bergarbeiter bereit gestellt habe.

### Kohlenkredit für Stinnes

London, 18. Jan. Die Blätter bestätigen, daß es Hugo Stinnes gelungen sei, in England einen Kredit von 2 Millionen Pfund Sterling (nach heutigem Kurs etwa 170 Milliarden Papiermark) zum Ankauf englischer Kohle für Deutschland zu erhalten.

### Erstschuldig

Paris, 18. Jan. Die Entschädigungskommission hat, getreu ihrem Auftrag, mit den bekannten drei Stimmen gegen die Stimme des englischen Vertreters (Brodbury selbst war nicht anwesend) „festgestellt“, daß bei den deutschen Wiederverlieferungen von Kohlen, Holz und Vieh Verfehlungen vorliegen. Der deutschen Kriegslastenkommission wurde mitgeteilt, die Anhörung deutscher Vertreter sei nicht notwendig, da vorläufige Verfehlung offensichtlich sei. — Es soll bemerkt werden, daß auch bei dieser schändlichen Komödie der Italiener wieder im Bunde war.

### Alles fürs Geschäft

Paris, 18. Jan. Das „Echo de Paris“ sammelt Untersuchungen zu einer Aufforderung an die Regierung, den Deutschen das Luftfahren und den Bau von Luftschiffen so lange zu verbieten, bis sie ihre Schulden bezahlt haben. Dadurch werde Frankreich von einer großen Sorge befreit und die Zwischenzeit könnte dazu benutzt werden, um der französischen Industrie den ersten Platz in der Welt zu sichern.

### Das Spiel der Dreien

London, 18. Jan. Das Londoner Blatt der französischen Regierung, die „Daily Mail“, fordert die britische Regierung auf, ihre Haltung Frankreich gegenüber zu ändern und droht, andernfalls werde eine deutsch-französische Verständigung über Kohle und Eisen zustandekommen, die ein fataler Schlag für die britische Industrie wäre. — Daraus geht hervor, daß sich Poincaré in der Hoffnung getäuscht sieht, in Mussolini einen zuverlässigen Helfershelfer gefunden zu haben, und das er den Faden nach London wieder anknüpfen will. Andererseits soll auch Mussolini eine Wiederannäherung an London — nach seinem verunglückten Festlandblockadevorschlag — eingeleitet haben.

### Deutsche Beschwerde

Düsseldorf, 18. Jan. Regierungspräsident Dr. Grühner hat dem General Demigne mitgeteilt, die Vertreter der Zechen und der Bergarbeiter seien durch die Behandlung, die ihnen von General Simon und Demigne zuteil geworden sei, äußerst erregt. Sie haben erklärt, daß sie niemals wieder zu persönlichen Verhandlungen mit den französischen Besatzungsbehörden erscheinen werden. Es sei noch nicht klar, wer in den nächsten Tagen die Bergarbeiterlöhne (24 Milliarden für den Tag) bezahlen werde. Die Lebensmittel seien bereits im Preis um die Hälfte gestiegen, seit die Franzosen im Lande seien. Der Präsident ersucht, künftig jede Verteilung von Lebensmitteln in besetzten Rhein- und Ruhrgebiet zu unterlassen und warnt, das Ruhrgebiet vom Reich abzuschneiden; die Errichtung einer Zolllinie werde eine völlige Verwirrung und Störung der Verkehrsmittel zur Folge haben.

In vergangener Nacht wurde eine große Zahl von Rheinschleppfähnen und leeren Eisenbahnwagen als „Sanktion“ beschlagnahmt.

### Die Versorgung mit Lebensmitteln

Berlin, 18. Jan. In der gestrigen Besprechung mit den Gewerkschaftsvertretern betonte Reichsernährungsminister Dr. Luther, die Lage sei ernst, aber nicht bedrohlich. Die Brotversorgung dürste bis Ende Juni oder Mitte Juli gesichert sein. Kartoffeln seien genügend vorhanden; der Fleischverbrauch sei bedenklich gesunken, doch werde eine stärkere Einfuhr von Gefrierfleisch vorbereitet. Die Zwangswirtschaft wieder einzuführen, sei unmöglich, dagegen soll durch Verordnungen übermäßige Verwendung von Mehl zu Kuchen usw. sowie der Fleischverbrauch in Gasthäusern eingeschränkt werden. Gegen Luxuslokale werde scharf vorgegangen werden.

### Die Helden von Bodum

Berlin, 18. Jan. Der französische Oberst Houillon, der am Bahnhof in Bodum auf die Zivilbevölkerung das siegreiche Maschinengewehrfeuer richten ließ, ist seines Postens





